

— **Beschluss der Landesdelegiertenversammlung — 6. bis 7. Oktober 2022 —**

Auf die Straße gegen soziale Kälte - für einen solidarischen Herbst

Die GEW Hessen ruft ihre Mitglieder – insbesondere in der Region Rhein-Main – auf, am Aktionstag „Solidarisch durch die Krise – soziale Sicherheit schaffen und fossile Abhängigkeiten beenden“, am 22. Oktober 2022, teilzunehmen. Darüber hinaus engagiert sich die GEW Hessen aktiv in Bündnissen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Attac, dem BUND, Wohlfahrtsverbände und ihren Schwestergewerkschaften im DGB Hessen-Thüringen für eine solidarische Lösung der Heizkostenkrise und der anziehenden Inflation. In ihren bestehenden Bündnissen mit der Schüler:innen- und Elternvertretungen, aber auch in den Gesprächen mit den Kirchen soll über die sozialen Folgen und gemeinsame Handlungen aus der gegenwärtigen Entwicklung gesprochen werden. Innerhalb der verschiedenen Organisationsbereiche wird die GEW Hessen die Auswirkungen der immensen Preissteigerungen auf die Beschäftigten in Bildungseinrichtungen erheben und die sozialen Folgen auch für Kinder, Schüler:innen, Studierende, Klient:innen und Eltern kritisch gegenüber der Politik thematisieren. Die GEW Hessen ermuntert und unterstützt Lehrkräfte die gegenwärtige Entwicklung im Unterricht zu thematisieren. Bundesweit bestärkt die den Hauptvorstand in seiner unterstützenden Haltung für die sozialen Proteste und fordert die Schwestergewerkschaften innerhalb des DGB auf, sich den Protesten anzuschließen. Die GEW Hessen hält die Zusammenführung der bundesweiten Proteste in einer Großdemonstration des DGB in Berlin für dringend geboten.

Unser Protest leugnet nicht die Klimakrise, verharmlost nicht Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und hat keine Verschwörungsmythen über die Mächtigen im Gepäck. In den anstehenden Protesten grenzt sich die GEW Hessen klar gegen rechts ab.

Die GEW Hessen bekräftigt und beschließt in diesem Zusammenhang ihre Forderungen:

- **Keine Abwälzung von Kriegs- und Krisenkosten sowie Sanktionsfolgen auf die Bevölkerung**
- **Keine Strom- und Gassperren, keine Wohnungskündigung wegen Mietrückständen**
- **Eingriffe in die Strom- und Gasmärkte; Preisobergrenzen für Energie**
- **Preisdeckelung für Wohnen und Grundnahrungsmittel.**

- **Orte der öffentlichen und gemeinschaftlichen Daseinsvorsorge - Bibliotheken, Schwimmbäder, Jugendclubs, Bürgerhäuser etc. - müssen in vollem Umfang geöffnet und beheizt werden, um von allen genutzt werden zu können. Gerade Menschen mit geringem Einkommen muss (kostenloser) Zugang ermöglicht werden.**
- **Keine Maßnahmen auf Kosten des Klimaschutzes! Soziale Krise und Klimakrise gemeinsam bekämpfen.**
- **Sondervermögen von 100 Milliarden Euro statt für Militär für öffentliche Investitionen in Bildung, aber auch Gesundheit, Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende.**
- **Kriegs- und Krisengewinnler zur Kasse – Übergewinnsteuer jetzt!**
- **Sonderabgabe auf Vermögen der oberen ein Prozent. Wiedereinführung der Vermögenssteuer**
- **Einrichtung eines Notfallfonds für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen in Hessen**
- **In den kommenden Tarifrunden v.a. im Frühjahr ´23 keine Laufzeiten über 12 Monate annehmen**